
	<b>SuedOstLink</b> – BBPIG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a –	
	<b>Abschnitt C2</b> Marktredwitz bis Pfreimd	Das Vorhaben Nr. 5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.
	<b>Unterlagen</b> gemäß § 21 NABEG	 Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union
<div>Regiedokument zu §43m EnWG</div> <div>DECKBLATT II</div>		

01	04.09.2024	Beilage zur Einreichung des Deckblatts II	TenneT T. Arnold	TenneT T. Arnold	TenneT T. Arnold
00	29.09.2023	Beilage zur Einreichung nach § 21 NABEG	TenneT N. Wener	TenneT T. Arnold	TenneT T. Arnold
Rev.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

<div>Festgestellt nach §24 NABEG</div> <div>Bonn, den</div>
---

## I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

TABELLENVERZEICHNIS	3
ANLAGEN	4
1 ANLASS UND RECHTSRAHMEN	6
1.1 § 43m EnWG und die Anwendbarkeit auf das Vorhaben SuedOstLink, hier PFA C2	6
1.2 Rechtsfolgen und Auswirkungen auf die Planunterlagen	7
1.3 Prüferfordernis für und Auswirkungen auf die eingereichten Planfeststellungsunterlagen	7
2 PRÜFUNG DER ERGEBNISRELEVANZ IN DER ABWÄGUNG	9
2.1 Der Antrag auf Anwendung der Bestimmungen des § 43m EnWG gem. § 43m Abs. 3 Satz 2 EnWG lässt zentrale rechtliche Vorgaben für die Abwägung unberührt	9
2.2 Plausibilisierung von Vorzugstrasse und Alternativenvergleich sowie abweichender Gewässerquerungen	9
2.2.1 Verkürzte Grobprüfungen (Teil B4.1)	17
2.2.2 Vollständige Grobprüfungen (Teil B4.2)	20
2.2.3 Technische Alternativen – Steckbriefe offene Gewässerquerung (Anlage B3)	32
2.2.4 Alternativenvergleich KAS und LWL-ZS	33
3 MINDERUNGSMÄßNAHMEN	34
3.1 Darstellung der nach § 43m EnWG zugrunde zu legenden Daten und die Anwendbarkeit auf das Vorhaben SuedOstLink, hier PFA C2	34
3.2 Abänderungen bisher vorgesehener Maßnahmen	34

## **TABELLENVERZEICHNIS**

Tabelle 1: Alternativenvergleiche im PFA C2	10
Tabelle 2: Maßnahmenänderung im PFA C2	36

## **A N L A G E N**

Anlage 1: Liste nicht mehr zu berücksichtigender Unterlagen(teile)

*In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.*

## 1 Anlass und Rechtsrahmen

In diesem Dokument werden die Anwendung und die Auswirkung von Art. 6 Verordnung (EU) 2022/2577 (EU-Notfall-Verordnung), umgesetzt in § 43m EnWG (i.V.m. § 18 Abs. 5 NABEG), auf das Planfeststellungsverfahren im Vorhaben SuedOstLink, BBPIG-Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a für den Planfeststellungsabschnitt (PFA) C2 von Marktredwitz bis Pfreimd (Freistaat Bayern) dargelegt und begründet.

### 1.1 § 43m EnWG und die Anwendbarkeit auf das Vorhaben SuedOstLink, hier PFA C2

- Sachlicher Anwendungsbereich: Voraussetzungen gem. § 43m Abs. 1 EnWG

Die Bundesfachplanung nach § 12 NABEG im Abschnitt C2 wurde für das Vorhaben Nr. 5 am 18.12.2019 abgeschlossen (festgelegter Trassenkorridor). In diesem Zusammenhang wurde eine Strategische Umweltprüfung (SUP) durchgeführt. Für das Vorhaben Nr. 5 sind die Voraussetzungen des § 43m Abs. 1 Satz 1 EnWG hinsichtlich des sachlichen Anwendungsbereichs erfüllt. Im Hinblick auf § 43m Abs. 1 Satz 2 EnWG ist dabei auf die in der Bundesfachplanung durchgeführte SUP abzustellen, da diese gegenüber der im Rahmen der Vorbereitung des Umweltberichts zum Bundesbedarfsplan durchgeführten SUP spezieller ist.

Das Vorhaben Nr. 5a wurde durch den Gesetzgeber in zwei Bestandteile getrennt, wobei für den nördlichen Bestandteil (Klein Rogahn/Stralendorf/Warsow/Holthusen/Schossin bis zum Landkreis Börde) ein vollständiges Planungs- und Genehmigungsverfahren (Bundesfachplanung und Planfeststellung) durchzuführen ist. Für den südlichen Bestandteil (Landkreis Börde bis Isar), wozu auch der PFA C2 gehört, ist zwar aufgrund der Kennzeichnung des Vorhabens Nr. 5a mit dem Buchstaben „G“ im BBPIG auf die Durchführung der Bundesfachplanung zu verzichten (vgl. § 2 Abs. 7 BBPIG). Gleichwohl sind auch beim Vorhaben Nr. 5a die Voraussetzungen des § 43m Abs. 1 Satz 1 EnWG erfüllt. Zum einen handelt es sich um ein Vorhaben nach § 1 BBPIG. Zum anderen kann auch insoweit auf die in der Bundesfachplanung für das Vorhaben Nr. 5 durchgeführte SUP abgestellt werden. Beide Vorhaben sind eng miteinander verknüpft und auch das Vorhaben Nr. 5a ist grundsätzlich innerhalb des für das Vorhaben Nr. 5 festgelegten Bundesfachplanungskorridors zu realisieren. Der Vorhabenträger hat für den Abschnitt C2 der Vorhaben Nr. 5 und 5a bei der BNetzA eine einheitliche Planfeststellungsentscheidung im Sinne des § 26 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 NABEG beantragt und damit dem Willen des Gesetzgebers Rechnung getragen, der eine solche gemeinsame Entscheidung in der Gesetzesbegründung in Zusammenhang mit der Aufnahme des Vorhabens Nr. 5a in den Bundesbedarfsplan ausdrücklich vorgesehen hat (vgl. BT-Drs, 19/23491, S. 24). Vor diesem Hintergrund ergibt sich im Fall der angestrebten gemeinsamen Entscheidung eine grundsätzliche Bindungswirkung auch des Vorhabens Nr. 5a an den Bundesfachplanungskorridor des Vorhabens Nr. 5 (vgl. § 18 Abs. 3a NABEG). Wie in Kap. 1.3.4 des Antrags nach § 19 NABEG vom 01. April 2021 für das Vorhaben Nr. 5a dargelegt, geht der Vorhabenträger davon aus, dass vorliegend eine gemeinsame Entscheidung nach § 26 NABEG ergehen wird und es haben sich insoweit auch zwischenzeitlich keine neuen Erkenntnisse ergeben, dass für das Vorhaben Nr. 5a aus zwingenden Gründen vom Bundesfachplanungskorridor für das Vorhaben Nr. 5 abzuweichen wäre. Vor dem Hintergrund dieser Verbindlichkeit des bundesfachplanerischen Korridors ist aus Sicht des Vorhabenträgers auch die SUP zum Vorhaben Nr. 5, da diese zentraler Baustein für die dortige Korridorentscheidung war, entsprechend dem Sinn und Zweck des § 43m EnWG und der dahinter stehenden Notfall-VO für das Vorhaben Nr. 5a relevant.

Die Voraussetzungen gem. § 43m Abs. 1 EnWG für den sachlichen Anwendungsbereich gem. § 43m Abs. 1 EnWG sind somit für den PFA C2 im SuedOstLink sowohl für Vorhaben Nr. 5 als auch für Vorhaben Nr. 5a erfüllt.

- Zeitlicher Anwendungsbereich: § 43m Abs. 3 EnWG

Die Anträge auf Planfeststellungsbeschluss für das Vorhaben Nr. 5 wurden vom Vorhabenträger am 31.01.2020 und für das Vorhaben Nr. 5a am 01.04.2021 im PFA C2 bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Eine endgültige Entscheidung ist zu diesem Planfeststellungsabschnitt noch nicht ergangen. Der Vorhabenträger verlangt mit Schreiben vom 29.09.2023 die Anwendung des § 43m EnWG auf den PFA C2 für beide Vorhaben. Die Voraussetzungen gem. § 43m Abs. 3 Satz 2 EnWG für den zeitlichen Anwendungsbereich sind somit für den PFA C2 im SuedOstLink erfüllt.

## 1.2 Rechtsfolgen und Auswirkungen auf die Planunterlagen

Aus der Anwendung des § 43m EnWG auf das Vorhaben ergeben sich folgende Auswirkungen auf die Planfeststellungsunterlagen:

- Von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung und einer Prüfung des Artenschutzes nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (§ 43m Abs. 1 S. 1 EnWG) ist abzusehen.
- Die Abwägung in Bezug auf Umweltbelange ist auf solche aus der unmittelbar vorgelagerten Strategischen Umweltprüfung (SUP; § 43m Abs. 1 S. 2 EnWG) – hier der bundesfachplanerischen SUP zum Vorhaben Nr. 5 – zu reduzieren, die nicht schon in der vorlaufenden SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden. Diese Belange sind in der Abwägung nicht berücksichtigt worden. Zwingende umweltrechtliche Vorgaben (mit Ausnahme derjenigen gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG) bleiben unberührt.
- Prüfung Trassenverlauf daraufhin, ob Umweltbelange inkl. Artenschutzprüfung über die Erkenntnisse der SUP hinaus diesen maßgeblich geprägt haben (siehe Kap. 2.2).
- Es ist sicher zu stellen, dass gemäß § 43m Abs. 2 EnWG auf Grundlage der vorhandenen Daten nur geeignete, verhältnismäßige und verfügbare Minderungsmaßnahmen ergriffen werden, um die Einhaltung der Vorschriften des § 44 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes zu gewährleisten.
- Unabhängig von der Vornahme von Minderungsmaßnahmen besteht die einmalige Pflicht zur Zahlung eines finanziellen Ausgleichs für nationale Artenhilfsprogramme. Die Höhe des finanziellen Ausgleichs orientiert sich an der Länge des Vorhabens (EUR 25.000 je angefangenem Kilometer Trassenlänge).

Gemäß den oben genannten Prämissen sind Teile der Planfeststellungsunterlagen im Verfahren nicht mehr zu berücksichtigen. Insbesondere die Unterlagenteile UVP-Bericht und Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag sind davon betroffen. Es wird auf Anlage 1 dieser Unterlage verwiesen.

## 1.3 Prüferfordernis für und Auswirkungen auf die eingereichten Planfeststellungsunterlagen

Aufgrund des fortgeschrittenen Arbeitsstandes ist eine Anpassung der gem. § 21 NABEG eingereichten Planfeststellungsunterlagen für den PFA C2 nicht mehr möglich, ohne dass es zu erheblichen Verzögerungen im Planfeststellungsverfahren kommen würde.

Somit wird eine Prüfung erforderlich, ob der Verlauf der Vorzugstrasse durch die nun weggefallenen Belange bei der Alternativenprüfung beeinflusst wurde. Weggefallen sind nach § 43 m EnWG das Artenschutzrecht nach § 44 Abs. 1 BNatSchG und Umweltbelange, die unterhalb des strikten Umweltrechts erhebliche

Umweltauswirkungen auslösen würden. Das strikte Umweltrecht und die in der vorgelagerten SUP enthaltenen Belange bleiben vom § 43m EnWG unberührt.

Liegt im Ergebnis keine Relevanz der UVP- und Artenschutzbelange bezüglich des Verlaufs der Vorzugstrasse vor, und ist damit die Abwägungsentscheidung auch unter Beachtung der Vorgaben des § 43m EnWG in sich weiterhin schlüssig, besteht kein Erfordernis, die Planfeststellungsunterlagen zu ändern.

Der Vorhabenträger hat das vorliegende Regiedokument erstellt um im Zusammenhang mit dem beantragten Opt-In gem. §. 43m Abs. 3 Satz 2 EnWG folgendes zu erreichen:

- Dokumentation des Prüfungsergebnisses der Nicht-Relevanz der UVP- und Artenschutzbelange für die gewählte Trassierung sowie die Abwägungsentscheidung zwischen Alternativen,
- Aufzeigen, welche in den Planfeststellungsunterlagen genannten Minderungsmaßnahmen nicht mehr zum Tragen kommen,
- Aufzeigen, welche Unterlagenbestandteile für das weitere Verfahren nicht mehr von Relevanz sind.

Das Regiedokument sichert zudem ab, dass die Anstoßwirkung auch bei Nichtüberarbeitung der Unterlagen erreicht wird.



## 2 Prüfung der Ergebnisrelevanz in der Abwägung

### 2.1 Der Antrag auf Anwendung der Bestimmungen des § 43m EnWG gem. § 43m Abs. 3 Satz 2 EnWG lässt zentrale rechtliche Vorgaben für die Abwägung unberührt

Dies gilt insbesondere für die Bindungswirkung der Bundesfachplanungsentscheidung gem. § 15 Abs. 1 Satz 1 NABEG. Danach ist der in der Bundesfachplanungsentscheidung nach § 12 Abs. 2 Nr. 1 NABEG festgelegte Trassenkorridor für die Planfeststellung nach § 18 NABEG verbindlich. Die Alternativenprüfung ist auf den festgelegten Trassenkorridor beschränkt. Die Bundesnetzagentur hat mit Bundesfachplanungsentscheidung vom 18.12.2019 für das Vorhaben Nr. 5 den für den Planfeststellungsabschnitt C2 maßgeblichen Trassenkorridor (Abschnitt D) festgelegt. Dieser begrenzt auch unter Geltung des § 43m EnWG in PFA C2 die Abwägung dahingehend, dass die Alternativen nur innerhalb des festgelegten Trassenkorridors Berücksichtigung finden müssen. Dies gilt nicht nur für das Vorhaben Nr. 5, sondern gemäß § 18 Abs. 3a) NABEG auch für das Vorhaben Nr. 5a (siehe dazu bereits oben unter 1.1).

### 2.2 Plausibilisierung von Vorzugstrasse und Alternativenvergleich sowie abweichender Gewässerquerungen

Im Planfeststellungsabschnitt C2 wurden 72 Alternativenvergleiche zur Ermittlung der Vorzugstrasse durchgeführt. Davon konnten 52 Alternativenvergleiche im Zuge einer verkürzten Grobprüfung (Unterlage B4.1) sowie 20 Alternativenvergleiche im Zuge einer vollständigen Grobprüfung abgeschlossen werden (Unterlage B4.2). Bei keiner der 72 Alternativenvergleiche haben die UVP- und Artenschutzbelange, welche gem. § 43m Abs. 1 Satz 2 EnWG nicht zu berücksichtigen sind, eine dahingehende Ergebnisrelevanz für die Abwägungsentscheidung und damit für den Trassenverlauf gehabt, dass ohne ihre Berücksichtigung die Abwägungsentscheidung anders ausgefallen wäre.

Ebenfalls werden im Planfeststellungsabschnitt C2 10 Gewässer gequert, bei denen eine Abweichung von der standardisierten technischen Ausführung (Unterlage B3) geprüft wurde. Die Art der Querung (geschlossen oder offen) resultiert unter anderem auch aus der Betrachtung der Empfindlichkeit der Gewässerfauna und Auswirkungen, die im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung festgestellt wurden. Bei keiner der zehn Gewässerquerungen haben die UVP- und Artenschutzbelange, welche gem. § 43m Abs. 1 Satz 2 EnWG nicht zu berücksichtigen sind, eine dahingehende Ergebnisrelevanz für die Abwägungsentscheidung und damit für die Art der Querung (Technische Alternative) gehabt, dass ohne ihre Berücksichtigung die Abwägungsentscheidung anders ausgefallen wäre.

Hinweise zur nachfolgenden Tabelle: Soweit im jeweiligen Alternativenvergleich UVP- bzw. Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG bei der Abwägung keine Rolle gespielt haben, ist in der Tabelle in den Spalten 6 und / oder 7 ein „N“ eingetragen. In der Spalte 8 ist ein „X“ eingetragen, wenn UVP- bzw. Artenschutzbelange im Abwägungsprozess berücksichtigt wurden („J“ in den Spalten 6 und / oder 7), das Abwägungsergebnis aber auch unter Anwendung des § 43m EnWG stabil, also unverändert, bleibt. Ansonsten ist hier der entsprechende Aspekt ausgegraut. Andernfalls hätte sich bei Anwendung des § 43m EnWG das Ergebnis der Abwägung geändert und damit auch der Trassenverlauf.

Tabelle 1: Alternativenvergleiche im PFA C2

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  <b>Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind grün dargestellt</b>
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Anbindung C1/ Grafenreuth Süd	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Korbersdorf	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Röslau	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Haag	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Haingrün 1B	X				N	N		Nachteile beim Bau
Ruheberg	X				J	N	X	Verstoß gegen Planungsprämissen und Trassierungskriterien und <b>Sturmschutzwald</b> ➔ Beide Alternativen werden in einer vollst. Grobprüfung weiter betrachtet
Preisdorf	X				N	N		Nachteile beim Bau
Rehberg	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Konnersreuth St. 2176	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Nördl. TIR 15	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Rosenbühl- Ost	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Rosenbühl ST2176 – Nord	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Rosenbühl St 2176 – 2	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
ST2176 – 3	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
ST2176 – 4	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Seibertsbach	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Mitterteich	X				N	N		Keine technische Machbarkeit

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
Themenreuth	X				N	N		Keine technische Machbarkeit und sonstige öffentliche und private Belange
Großensees	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Modellflugplatz Tirschenreuth	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Großklenau	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Zeidlweid	X				N	N		Nachteile beim Bau
Lodermühl	X				N	N		Nachteile beim Bau
Liebensteiner Kartonagewerk	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Pilmersreuth TIR5	X				N	N		Nachteile beim Bau
Schönthan	X				N	N		Nachteile beim Bau
Auerberg	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Lanz	X				J	N	X	Verstoß gegen Planungsprämissen oder Trassierungskriterien und <b>Sturmschutzwald</b>
Störnstein- Nord	X				N	N		Nachteile beim Bau
Störnstein 2	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Störnstein – Süd	X				N	N		Sonstige öffentliche und private Belange
Wiedenhof	X				N	N		Nachteile beim Bau
Roschau	X				N	N		Nachteile beim Bau und sonstige öffentliche und private Belange
Tröglersricht	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Tröglersricht/ Mitterhöll	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Bechtsrieth – B22	X				N	N		Keine technische Machbarkeit

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
Bechtsrieth 2	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Trebsau – Tierpark	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Gleitsbach	X				N	N		Nachteile beim Bau
Irchenrieth	X				J	N	X	<b>Sturmschutzwald</b> und sonstige öffentliche und private Belange ➔ Beide Alternativen werden in einer vollst. Grobprüfung weiter betrachtet
Irchenrieth – Süd	X				N	N		Sonstige öffentliche und private Belange
Engleshof	X				N	N		Nachteile beim Bau
Leuchtenberg	X				N	N		Nachteile beim Bau
Michldorf- Süd	X				N	N		Nachteile beim Bau
Michldorf 2	X				J	N		<b>Höherwertige Biotope</b> , Forstwirtschaft
Lückenrieth	X				N	N		Nachteile beim Bau
Wittschau	X				N	N		Nachteile beim Bau
Weihern	X				N	N		Sonstige öffentliche und private Belange
Spitalholz	X				J	N	X	Nachteile beim Bau, <b>Trinkwassereinzugsgebiet</b>
Pfreimd 2	X				J	N	X	Keine technische Machbarkeit, <b>Bodenschutzwald</b>
Naab	X				N	N		Keine technische Machbarkeit
Saltendorf, BAB 6	X				J	N	X	Keine technische Machbarkeit und <b>natürliche Quelle</b>
Haingrün		X			J	N	X	<b>Erschütterung, Baulärm, höherwertige Biototypen, Querung von Fließgewässern, FE-Anomalien, Forstwirtschaft, Sturmschutzwälder</b> , erhöhter bautechnischer Aufwand,

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
								geotechnische Kategorie 3, Topografie, Grundwasserhaltung
Ruheberg		X			J	N	X	Höherwertige Biotope, Organische Böden, FE-Anomalien, Forstwirtschaft, Sturmschutzwald, Bautechnische Besonderheiten, geotechnische Kategorie 3, HDD-Länge, Wirtschaftlichkeit
Rosenbühl		X			J	N	X	Baulärm, Höherwertige Biotope, geschütztes Biotop §30, Forstwirtschaft, Eigentumsrechtliche Belange, geotechnische Kategorie 3, Topografie, HDD-Länge, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit
Mitterteich		X			J	N	X	Bekannte Bodendenkmale, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, geotechnische Kategorie 3
Themenreuth		X			J	N	X	Baulärm, Archäologische Vermutungsfläche, Forstwirtschaft, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, geotechnische Kategorie 3, Topografie, Wirtschaftlichkeit
Kleinklenau		X			J	N	X	Höherwertige Biotoptypen, geschütztes Biotop §30, bekannte Bodendenkmale, geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit
Kleinkonreuth-Lodermühl		X			J	N	X	Baulärm, Archäologische Vermutungsflächen und FE-Anomalien, geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung
Liebenstein		X			J	N	X	Waldfunktion Lebensraum, Waldfunktion Immissionsschutz, bekannte Bodendenkmale, Forstwirtschaft, Baulärm, Grundwasserhaltung
Leichau		X			J	N	X	Schutzwald Sichtschutz, Schutzwald Lebensraumfunktion, Geoarchäologische Flächen, Forstwirtschaft

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
Beidl		X			J	N	X	Höherwertige Biotoptypen, Grundwasserhaltung
Geißenreuth		X			J	J	X	Baulärm, Höherwertige Biotoptypen, Potenzielle Habitatflächen, Forstwirtschaft, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, Grundwasserhaltung
Auerbach-Schlattein		X			J	N	X	Höherwertige Biotoptypen, geschütztes Biotop §30, Querung von Fließgewässern und ihren Auen, Forstwirtschaft, Sonderkulturen, HDD-Länge, geotechnische Kategorie 3, Topografie, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit
Störnstein/Markt Floß		X			J	N	X	Baulärm, Höherwertige Biotoptypen, Erholungswald, Forstwirtschaft, geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung
Mittelberg		X			N	N		Länge
Tröglersricht		X			J	N	X	Geschütztes Biotop §30, LSG, Klimaschutzwald, Archäologische Vermutungsfläche und FE-Anomalie, Hangwald und Waldfunktion Erholung, Forstwirtschaft, EZG pot. Nutzteiche, erhöhter bautechnischer Aufwand, geotechnische Kategorie 3, HDD-Länge, Wirtschaftlichkeit
Weiden		X			J	J	X	Erschütterungen, Baulärm, geschützte Biotope §30, Höherwertige Biotoptypen, LSG, Potenzielle Habitatflächen, Archäologische Vermutungsflächen, Bautechnischer Aufwand, geotechnische Kategorie 3, HDD-Länge, Wirtschaftlichkeit
Bechtsrieth		X			J	J	X	Geschützte Biotope §30, Höherwertige Biotoptypen, Potenzielle Habitatflächen, Archäologische Vermutungsfläche, Forstwirtschaft, Hangwald, Inanspruchnahme

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
								vorbelasteter Flächen, geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit
Irchenrieth-Nord		X			J	N	X	Geschützte Biotope §30, Höherwertige Biotoptypen, Archäologische Vermutungsfläche, Forstwirtschaft, Sturmschutzwald, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung
Irchenrieth-Süd		X			J	N	X	Baulärm, Geschützte Biotope §30, Höherwertige Biotoptypen, Fließgewässer, Archäologische Vermutungsflächen, Raumordnung und Bauleitplanung, Forstwirtschaft, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, geotechnische Kategorie 3, Topografie, Grundwasserhaltung
Pfreimd		X			J	N	X	Geschützte Biotope §30, Höherwertige Biotoptypen, SG Wasser, SG Landschaft Erholungswald, Archäologische Vermutungsfläche und FE-Anomalien, Forstwirtschaft, Inanspruchnahme öffentlicher Flächen
Bach südlich von Glashütte (Marktredwitz)				X	J	N	X	Vorteile beim Bau, <b>geschützte Biotope</b>
Lüffelgraben in Rosenbühl				X	N	N		Vorteile beim Bau
Netzbach (Gewkz. 141136) nordöstlich von Lohnsitz (Tirschenreuth)				X	J	N	X	Vorteile beim Bau, <b>geschützte Biotope</b>
Fließwasser westlich von Pilmersreuth an				X	J	N	X	Vorteile beim Bau, <b>geschützte Biotope</b>

Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			<b>Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung</b>  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
der Straße (Tirschenreuth)								
Ilsebach in Ilsebach (Gewkz. 141496) (Püchersreuth)				X	N	N		Vorteile beim Bau
Reiserbach (Gewkz. 14152) in Lanz				X	N	N		Vorteile beim Bau
Putzenbach (Gewkz. 14172) östlich von Harlesberg (Theisseil)				X	N	N		Vorteile beim Bau
Almesbach (Gewkz. 141814) nordwestlich von Tröglersricht (Weiden i. d. OPf.)				X	J	N	X	Vorteile beim Bau, <b>geschützte Biotope</b>
Egelseewiesenbach (Schirchendorfgraben Gewkz. 14174) südwestlich von Zollhaus (Weiden i. d. OPf.)				X	J	N	X	Vorteile beim Bau, <b>geschützte Biotope</b>
Hennenbach (Gewkz. 143284) nordwestlich von Egleshof (Pirk)				X	N	N		Vorteile beim Bau



Alternativenvergleich	Räumliche Alternativen - Zeitpunkt der Zurückstellung			Technische Alternative - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Abwägungsbelange			Abwägungsgründe für die Alternativenentscheidung  Hinweis: UVP- und Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sind <b>grün</b> dargestellt
	Verkürzte Grobprüfung	Vollständige Grobprüfung	Vertiefter Alternativenvergleich		UVP-Belange	Artenschutzbelange gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG	Ergebnis bleibt stabil	
B8.1 Standortfindung von Nebenbauwerken und -anlagen (KAS)		X			J	J	X	Schutzgutbezogene Belange: Mensch, Tiere Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden und Fläche, Nachteile beim Bau, Topografie
B8.2 Standortfindung von Nebenbauwerken und -anlagen (LWL-ZS)		X			J	J	X	Schutzgutbezogene Belange Tiere Pflanzen und biologische Vielfalt, Höherwertige Bio-toptypen, Potenzielle Habitatflächen, Nachteile beim Bau, Wirtschaftlichkeit, Topografie, Bauleitplanung und Raumordnung

Zu den Alternativen, bei denen im jeweiligen Alternativenvergleich UVP- bzw. Artenschutzbelange bei der Abwägung einbezogen wurden, wird nachfolgend jeweils zusammengefasst dargelegt, dass auch ohne Einbeziehung der gemäß § 43m EnWG nicht zu berücksichtigten Belange die Abwägungsentscheidung stabil bleibt.

### 2.2.1 Verkürzte Grobprüfungen (Teil B4.1)

#### Alternativenvergleich Ruheberg

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund des Verstoßes gegen Planungsprämissen oder Trassierungskriterien des §19 Trassenvorschlags und der §19 Trassenalternative sowie eines Sturmschutzwaldes. Der Trassenvorschlag, sowie die Trassenalternative werden in der vertieften Grobprüfung weiter betrachtet (vgl. Teil B4.1 Kap. 6.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Sturmschutzwald (§10 BayWaldG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Lanz**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund des Verstoßes gegen Planungsprämissen oder Trassierungskriterien des §19 Trassenvorschlags sowie eines Sturmschutzwaldes. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da das Kriterium Sturmschutzwald aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen ist (vgl. Teil B4.1 Kap. 28.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Sturmschutzwald (§10 BayWaldG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Irchenrieth**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund des Verstoßes gegen Planungsprämissen oder Trassierungskriterien des §19 Trassenvorschlags sowie eines Sturmschutzwaldes. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da das Kriterium Sturmschutzwald aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen ist. Beide Alternativen werden in einer vollständigen Grobprüfung weiter betrachtet (vgl. Teil B4.1 Kap. 40.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Sturmschutzwald (§10 BayWaldG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Michldorf 2**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund der Belange höherwertige Biotope und Forstwirtschaft. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da im Rahmen der Erhebungen des SUP in diesem Bereich Feldgehölze aufgenommen wurden. Die Alternative würde in diese eingreifen, während der Trassenvorschlag ohne Gehölzeingriff auskommt.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Höherwertige Biotoptypen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Feldgehölze im Bereich der mittlerweile kartierten höherwertigen Biotoptypen (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen. Der Belang wird abgeschwächt auf die vorhandenen Feldgehölze, führt aber dennoch zu einer nachteiligen Beurteilung der Alternative

### **Alternativenvergleich Spitalholz**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund der Nachteile beim Bau des §19 Trassenvorschlags sowie eines Trinkwassereinzugsgebietes. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da das Kriterium Trinkwassereinzugsgebiet bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurde (vgl. Teil B4.1 Kap. 49.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Trinkwassereinzugsgebiet

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Trinkwassereinzugsgebiet (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.4)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Pfreimd 2**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund fehlender technischer Machbarkeit der §19 Trassenalternative sowie eines Bodenschutzwaldes. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da das Kriterium Bodenschutzwald aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen ist. (vgl. Teil B4.1 Kap. 50.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Bodenschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Bodenschutzwald (§10 BayWaldG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Saltendorf BAB 6**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der verkürzten Grobprüfung aufgrund fehlender technischer Machbarkeit des §19 Trassenvorschlages und der §19 Trassenalternative sowie eine natürliche Quelle. Es wurde festgestellt, dass das Abwägungsergebnis stabil bleibt, da das Kriterium Quelle aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen ist (vgl. Teil B4.1 Kap. 52.2).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der verkürzten Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Natürliche Quelle

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Natürliche Quelle (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **2.2.2 Vollständige Grobprüfungen (Teil B4.2)**

#### **Alternativenvergleich Haingrün**

Die Abwägungsentscheidung zur Alternative 3 erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund der Nachteile beim Bau, der Topographie, der Grundwasserhaltung, der Forstwirtschaft und der unten aufgeführten UVP-Belange bei den weiteren Alternativen, sowie dem Trassenvorschlag.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 1.4.6). Bei Nichtberücksichtigung der Höherwertigen Biotoptypen ist die Alternative 3 in fünf von zehn Belangen gleichwertig oder vorzugswürdig gegenüber den weiteren Alternativen oder dem TV. Zudem ist Alternative 3 die einzige

vorhandene Variante, die keinen Eingriff in den ausgewiesenen Schutzwald hat. Durch die technischen Belange insbesondere in der Bautechnik ist zudem Alternative 2 gegenüber der Alternative 3 nachteilig.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Erschütterung
- Baulärm
- Höherwertige Biotoptypen
- Querung von Fließgewässern
- FE-Anomalien
- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- FE-Anomalien (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7)
- Fließgewässer (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.4)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)
- Erschütterung (aufgrund DIN 4150-2, siehe Teil E3)
- Sturmschutzwald (aufgrund Art. 10 (2) BayWaldG siehe Teil L9)

Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Ruheberg**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund der Nachteile beim Bau, Wirtschaftlichkeit, Forstwirtschaft, sowie der unten aufgeführten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 2.4.6). Bei Nichtberücksichtigung des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen ist die Alternative 03 in fünf von acht Belangen gleichwertig oder vorzuziehen gegenüber den anderen Alternativen und dem TV. Durch die geschlossene Querung der Alternative kann zwar ein Eingriff in den vorhandenen Sturmschutzwald vermieden werden, allerdings weist insbesondere die Bautechnik in Verbindung mit der Wirtschaftlichkeit bei der Alternative 3 deutliche Vorteile in diesem komplexen Gebiet im Vergleich zu den anderen Varianten auf.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Höherwertige Biotoptypen
- Organische Böden
- FE-Anomalien
- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Organische Böden (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.3)

- FE-Anomalien (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7 dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Sturmschutzwälder (aufgrund Art. 10 (2) BayWaldG siehe Teil L9)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Rosenbühl**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund der Topographie, Nachteile beim Bau und Eigentumsrechtliche Belange, sowie der unten aufgeführten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind. (vgl. Teil B4.2 Kap. 3.4.6). Bei Nichtberücksichtigung der Höherwertigen Biotoptypen ist die opt. Alternative A in vier von zehn Belangen gegenüber des opt. TV und der opt. Alternative B vorzuziehen. Im Bereich der technischen und wirtschaftlichen Belange nimmt die opt. Alternative A den zweiten Rang ein. Durch die Gewichtung der Umweltbelange der anderen beiden Alternativen werden diese im Vergleich zur opt. Alternative A zurückgestellt.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Höherwertige Biotoptypen
- Geschütztes Biotop §30
- Waldeingriff

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Waldeingriff

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)
- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Mitterteich**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung infolge von Vorbelasteten Flächen und der GK 3 sowie des UVP-Belanges bekannte Bodendenkmale.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil das entscheidungserhebliche UVP-Belang bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurde und aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen ist

(vgl. Teil B4.2 Kap. 4.4.6). In zwei der drei Belange ist die Alternative 1 nachteilig gegenüber dem opt. Trassenvorschlag.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Bekannte Bodendenkmale

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Bekannte Bodendenkmale (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Bekannte Bodendenkmale

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Themenreuth**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben Forstwirtschaft, vorbelastete Flächen, GK 3, Wirtschaftlichkeit und Topografie, aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind. (vgl. Teil B4.2 Kap. 5.4.6).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Archäologische Vermutungsfläche

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Archäologische Vermutungsfläche (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Kleinklenau**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (z.B. SG Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, Geotechnische Kategorie 3, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.



Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 6.4.6). Auch wenn das Kriterium Höherwertige Biotoptypen, das ebenfalls für den Trassenvorschlag spricht, nicht mehr in der Abwägung berücksichtigt wird, ist der Trassenvorschlag in vier von fünf Belangen vorteilig vor der Alternative und zu präferieren.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Höherwertige Biotoptypen
- Geschütztes Biotop §30
- Bekannte Bodendenkmale

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Bekannte Bodendenkmale (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)
- Bekannte Bodendenkmale

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Kleinkonreuth-Lodermühl**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund der Nachteile beim Bau und Grundwasserhaltung, sowie der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, da die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 7.4.6). Der opt. Trassenvorschlag ist in allen vier Belangen gegenüber den Alternativen gleichwertig oder als vorteilig zu bewerten.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Archäologische Vermutungsflächen und FE-Anomalien

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Archäologische Vermutungsflächen und FE-Anomalien (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine



### **Alternativenvergleich Liebenstein**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung durch Forstwirtschaft, sowie Nachteilen beim Bau und ebenso aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, da die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 8.4.6). Der Trassenvorschlag ist in fünf der sechs Belange vorteilig gegenüber der Alternativen.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Waldfunktion Lebensraum
- Waldfunktion Immissionsschutz
- Bekannte Bodendenkmale
- Baulärm

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Waldfunktion Lebensraum (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2)
- Waldfunktion Immissionsschutz (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.1)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Bekannte Bodendenkmale (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7)
- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Leichau**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung durch Forstwirtschaft, sowie aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden (vgl. Teil B4.2 Kap. 9.4.6).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Schutzwald Sichtschutz
- Schutzwald Lebensraumfunktion
- Geoarchäologische Flächen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Schutzwald Sichtschutz (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.6)
- Schutzwald Lebensraumfunktion (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2)
- Geoarchäologische Flächen (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Beidl**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund der Grundwasserhaltung und der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, auch wenn alle UVP-Belange keine Berücksichtigung erfahren, aufgrund des Belanges Grundwasserhaltung welches verbleibt und den Trassenvorschlag als vorteilig bewertet (vgl. Teil B4.2 Kap. 10.4.6).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Höherwertige Biotoptypen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Geißenreuth**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (z.B. Baulärm, Forstwirtschaft, Querung EZG von pot. Nutzteichen, Inanspruchnahme vorbelasteter Flächen, Grundwasserhaltung) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil alle entscheidungserheblichen UVP-Belange, hier mit Ausnahme von Höherwertigen Biotoptypen und potenziellen Habitatflächen, keine Berücksichtigung erfahren oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 11.4.6). Nach Nichtberücksichtigung der Kriterien Höherwertige Biotoptypen und potenzielle Habitatflächen ist der Trassenvorschlag in drei der vier Belange, außer Forstwirtschaft, gegenüber der Alternative Geißenreuth vorzugswürdig.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Höherwertige Biotoptypen
- Potenzielle Habitatflächen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Keine

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen
- Potenzielle Habitatflächen (Begründung: der Belang ist durch §44 Abs. 1 BNatSchG begründet und daher nicht mehr zu berücksichtigen)

### **Alternativenvergleich Auerbach-Schlattein**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (z.B. Forstwirtschaft, Sonderkulturen, langen HDDs, Geotechnische Kategorie 3, Topografie, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 12.4.6). Nach Nichtberücksichtigung des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen ist die Alternative Auerbach-Schlattein in fünf der neun Belange vorteilig gegenüber dem Trassenvorschlag.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Höherwertige Biotoptypen
- Geschütztes Biotop §30
- Querung von Fließgewässern und ihren Auen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Querung von Fließgewässern und ihren Auen (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.4)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Störnstein/ Markt Floß**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund Forstwirtschaft, Nachteilen beim Bau, Grundwasserhaltung und der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen die entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 13.4.6). Nach der Nichtberücksichtigung der Höherwertigen Biotoptypen ist die Alternative Störnstein/ Markt Floß bei vier der fünf Belange gegenüber dem TV als nachteilig zu bewerten.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Höherwertige Biotoptypen

- Erholungswald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Erholungswald (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.6)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Tröglersricht**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (z.B. Schutzgut Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, Forstwirtschaft, Querung EZG potentieller Nutzteiche, Bebauungspläne, Bautechnik, geotechnische Kategorie 3, Wirtschaftlichkeit) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 15.4.6).

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Geschütztes Biotop §30
- LSG
- Klimaschutzwald
- Archäologische Vermutungsfläche und FE-Anomalien
- Hangwald und Waldfunktion Erholung

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- LSG (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2)
- Klimaschutzwald (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.5)
- Archäologische Vermutungsflächen und FE-Anomalien (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)
- Hangwald und Waldfunktion Erholung (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.6)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)
- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Keine

### **Alternativenvergleich Weiden**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (insbesondere bautechnische Besonderheiten und Wirtschaftlichkeit) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme der Kriterien Höherwertige Biotoptypen und potenzielle Habitatflächen alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 16.4.6). Der opt. Trassenverlauf ist, nach Nichtberücksichtigung der Kriterien Höherwertige Biotoptypen und potenzielle Habitatflächen bei fünf der neun Belange gegenüber der Alternative als vorteilig oder gleichwertig zu bewerten.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Erschütterungen
- Baulärm
- Geschütztes Biotop §30
- Höherwertige Biotoptypen
- LSG
- Potenzielle Habitatflächen
- Archäologische Vermutungsfläche

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- LSG (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2)
- Archäologische Vermutungsfläche (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Erschütterung (aufgrund DIN 4150-2, siehe Teil E3)
- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)
- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen
- Potenzielle Habitatflächen (Begründung: der Belang ist durch §44 Abs. 1 BNatSchG begründet und daher nicht mehr zu berücksichtigen)

### **Alternativenvergleich Bechtsrieth**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (Forstwirtschaft, technische Belange, Grundwasserhaltung, Wirtschaftlichkeit) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme der Kriterien Höherwertige Biotoptypen und Potenzielle Habitatflächen alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 17.4.6). Nach Nichtberücksichtigung der Kriterien Höherwertige Biotoptypen und Potenzielle Habitatflächen ist der opt. Trassenvorschlag bei fünf der acht Belange gegenüber der opt. Alternative Bechtsrieth als vorteilig zu bewerten.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Geschütztes Biotop §30
- Höherwertige Biotoptypen
- Potenzielle Habitatflächen
- Archäologische Vermutungsfläche
- Hangwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Archäologische Vermutungsfläche (archäologische Verdachtsfläche s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)
- Hangwald (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.6)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen. Diese liegen an einem Waldrand im Bereich des Arbeitsstreifens und würden bei einer Inanspruchnahme dauerhaft verloren gehen. Da die Öffnung eines nach Westen gerichteten Waldrandes generell nachteilig ist, empfiehlt sich eine Berücksichtigung dieses Belanges auch unabhängig von der Einstufung als höherwertiges Biotop.
- Potenzielle Habitatflächen (Begründung: der Belang ist durch §44 Abs. 1 BNatSchG begründet und daher nicht mehr zu berücksichtigen)

### **Alternativenvergleich Irchenrieth-Nord**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund Forstwirtschaft, vorbelasteter Flächen, GK 3, Grundwasserhaltung und der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Habitatflächen alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 18.4.6). Nach Nichtberücksichtigung des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen ist die Alternative Irchenrieth-Nord 02 Kläranlage bei vier der sieben Belange gegenüber dem TV und der Alternative 01 als vorteilig oder gleichwertig zu bewerten.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Geschütztes Biotop §30
- Höherwertige Biotoptypen
- Archäologische Vermutungsfläche
- Sturmschutzwald

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Archäologische Vermutungsfläche (archäologische Verdachtsfläche s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)
- Sturmschutzwald (§10 BayWaldG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Irchenrieth-Süd**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung neben weiteren Belangen (z.B. Raumordnung und Bauleitplanung, vorbelastete Fläche, geotechnische Kategorie 3, Hangneigungen, Grundwasserhaltung) aufgrund der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 19.4.6). Nach Nichtberücksichtigung des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen ist die Alternative Irchenrieth-Süd 3 (Antragstrasse) bei sechs der zehn Belangen gegenüber dem TV und den Alternativen als vorteilig zu bewerten. Ausschlaggebend sind hier Bautechnik, Baulärm und Waldinanspruchnahme. Da zudem die Alternative Irchenrieth-Süd 3 (Antragstrasse) bei der Biotopbewertung nicht vorteilhaft bewertet wurde, fällt der Alternativenvergleich weiterhin etwas stärker in deren Richtung.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Baulärm
- Geschütztes Biotop §30
- Höherwertige Biotoptypen
- Fließgewässer
- Archäologische Vermutungsflächen

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- Fließgewässer (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.4)
- Archäologische Vermutungsfläche (archäologische Verdachtsfläche s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Baulärm (aufgrund AVV Baulärm, siehe Teil E2)
- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **Alternativenvergleich Pfreimd**

Die Abwägungsentscheidung zum Trassenverlauf erfolgte im Zuge der vollständigen Grobprüfung aufgrund Forstwirtschaft und Inanspruchnahme öffentlicher Flächen, sowie der unten genannten UVP-Belange.

Das Abwägungsergebnis bleibt stabil, weil mit Ausnahme des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen alle entscheidungserheblichen UVP-Belange bereits in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden oder



aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind (vgl. Teil B4.2 Kap. 20.4.6). Nach Nichtberücksichtigung des Kriteriums Höherwertige Biotoptypen ist der Trassenvorschlag bei drei der sechs Belange gegenüber der Alternative Pfreimd als vorteilig zu bewerten. Da insbesondere die Höherwertigen Biotoptypen zugunsten der Alternative bewertet wurden und diese in der Bewertung nicht mehr berücksichtigt werden, wird der Trassenvorschlag damit folglich gestärkt, so dass das Ergebnis des Vergleichs bestätigt wird.

UVP-Belange und Artenschutzbelange gem. §44 Abs. 1 BNatSchG, die in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigt wurden:

- Geschütztes Biotop §30
- Höherwertige Biotoptypen
- SG Wasser
- SG Landschaft-Erholungswald
- Archäologische Vermutungsfläche und FE-Anomalie

Davon Belange, die in der SUP ermittelt, beschrieben und bewertet wurden und weiterhin zu berücksichtigen sind

- SG Wasser (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.4)
- SG Landschaft-Erholungswald (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.6)
- Archäologische Vermutungsflächen und FE-Anomalien (archäologische Verdachtsflächen s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.7; dieser Belang entspricht der in der Abwägungsentscheidung der vollständigen Grobprüfung berücksichtigten archäologischen Vermutungsfläche)

Davon Belange, die aufgrund zwingenden Rechts weiterhin zu berücksichtigen sind

- Geschütztes Biotop (§30 BNatSchG)

Davon Belange, die in der Abwägungsentscheidung gem. §43m Abs. 1 S. 2 EnWG nicht mehr zu berücksichtigen sind

- Höherwertige Biotoptypen

### **2.2.3 Technische Alternativen – Steckbriefe offene Gewässerquerung (Anlage B3)**

Zu den Gewässerquerungen, bei denen in der jeweiligen Abwägung der Querungsart UVP- bzw. Artenschutzbelange einbezogen wurden, wird nachfolgend jeweils zusammengefasst dargelegt, dass auch ohne Einbeziehung der gemäß § 43m EnWG nicht zu berücksichtigenden Belange die Abwägungsentscheidung stabil bleibt.

#### **Bach südlich von Glashütte (Marktredwitz)**

Die Abwägungsentscheidung zur Querungsart erfolgte aufgrund der Vorteile beim Bau bei der offenen Querung sowie der Betroffenheit von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG. Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, weil es durch den Belang Geschützte Biotope aus der SUP (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2) und aufgrund zwingenden Rechts (§30 BNatSchG, siehe Teil I) begründet werden kann.

#### **Netzbach (Gewkz. 141136) nordöstlich von Lohnsitz (Tirschenreuth)**

Die Abwägungsentscheidung zur Querungsart erfolgte aufgrund der Vorteile beim Bau bei der offenen Querung sowie der Betroffenheit von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG (Gewässerrandstreifen). Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, weil es durch den Belang Geschützte



Biotope aus der SUP (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2) und aufgrund zwingenden Rechts (§30 BNatSchG, siehe Teil I) begründet werden kann.

#### **Fließgewässer westlich von Pilmersreuth an der Straße (Tirschenreuth)**

Die Abwägungsentscheidung zur Querungsart erfolgte aufgrund der Vorteile beim Bau bei der offenen Querung sowie der Betroffenheit von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG (Gewässerrandstreifen). Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, weil es durch den Belang Geschützte Biotope aus der SUP (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2) und aufgrund zwingenden Rechts (§30 BNatSchG, siehe Teil I) begründet werden kann.

#### **Almesbach (Gewkz. 141814) nordwestlich von Trögersricht (Weiden i. d. OPz.)**

Die Abwägungsentscheidung zur Querungsart erfolgte aufgrund der Vorteile beim Bau bei der offenen Querung sowie der Betroffenheit von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG (Gewässerrandstreifen). Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, weil es durch den Belang Geschützte Biotope aus der SUP (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2) und aufgrund zwingenden Rechts (§30 BNatSchG, siehe Teil I) begründet werden kann.

#### **Egelseewiesenbach (Schirchendorfgraben Gewkz. 14174) südwestlich von Zollhaus (Weiden i. d. OPf.)**

Die Abwägungsentscheidung zur Querungsart erfolgte aufgrund der Vorteile beim Bau bei der offenen Querung sowie der Betroffenheit von geschützten Biotopen nach § 30 BNatSchG (Gewässerrandstreifen) und der Wald-Biotoptypen. Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, weil es durch den Belang Geschützte Biotope aus der SUP (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2), den Belang Wald-Biotoptypen (s. Unterlage nach §8 NABEG SUP Kap. 6.3.2) und aufgrund zwingenden Rechts (§30 BNatSchG, siehe Teil I) begründet werden kann.

### **2.2.4 Alternativenvergleich KAS und LWL-ZS**

Die Standortfindung von Nebenbauwerken und -anlagen (KAS) erfolgte aufgrund der Umweltbelange Schutzgut Mensch, sowie Schutzgut Tiere, Pflanzen und biol. Vielfalt und Schutzgut Boden und Fläche, aber vor allem aufgrund der technischen Machbarkeit, Bautechnik und Topografie. Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, da die Standorte 2 und 3 durch die technischen Belange begründet werden, mit Vorzug des Standortes 3 durch die Gewichtung des Belanges Topografie (vgl. Teil B8.1 Kap. 1.3.6).

Die Standortfindung von Nebenbauwerken und -anlagen (LWL-ZS) erfolgte aufgrund der Umweltbelange Schutzgut Mensch, sowie Schutzgut Tiere, Pflanzen und biol. Vielfalt und Schutzgut Boden und Fläche, aber vor allem aufgrund der technischen Machbarkeit, Bautechnik und Topografie. Das Abwägungsergebnis bleibt bei Anwendung des §43m EnWG stabil, da der Standort 3 durch die technischen Belange, Bauleitplanung und Raumordnung, Topografie, sowie anbindungstechnischer Belange begründet wird (vgl. Teil B8.2 Kap. 5.1 und 5.2).

### 3 Minderungsmaßnahmen

Die in Teil I2 dargestellten CEF- und V-Maßnahmen werden im Weiteren als Minderungsmaßnahmen bezeichnet, soweit sie – ggf. in modifizierter Form – beibehalten werden sollen.

#### 3.1 Darstellung der nach § 43m EnWG zugrunde zu legenden Daten und die Anwendbarkeit auf das Vorhaben SuedOstLink, hier PFA C2

##### Vorhandene Daten Recherche:

- Neben artbezogenen Punktnachweise liegen Behördendaten häufig nicht raumabdeckend oder raumunspezifisch in Topographische Karten-Quadranten vor. Daten von Verbänden sowie ehrenamtlichen Kartierern liegen meist punktgenau, aber ebenfalls selten raumabdeckend vor.
- Im Rahmen der Datenrecherche wurden vor allem die nachfolgend aufgeführten behördlichen Kataster und Datenbanken genutzt:
  - ASK-Datenbank (LFU 2019)
  - BfN Verbreitungskarten (BFN 2019a)
  - FIN Web (LFU 2021b)
  - Grundlageninformationen (SDB, MaP, Verordnung) zu Natura 2000-Schutzgebieten.

Die behördlichen Datengrundlagen sind artenspezifisch in den Kartierberichten (L5.2.2 bis L5.2.10) erfasst. Eine Übersicht zur allgemeinen Datenrecherche (Anfrage bei Behörden und Verbänden) ist der Anlage L5.3.7 zu entnehmen.

- Bei Entfall der Durchführung der artenschutzrechtlichen Prüfpflicht bildet die o.g. Sachverhaltslage dann die nach § 43m EnWG belastbare Basis für die dann noch erforderliche Prüfung auf geeignete und verhältnismäßige Minderungsmaßnahmen

##### Vorhandene Daten Vorhabenträger:

- Das sind eigene Kartierdaten im Rahmen des abgestimmten Kartierkonzeptes mit Probeflächenansatz und Übertragungsmethodik.

##### Fazit zugrunde zu legende Daten:

- Im Ergebnis werden sowohl die eigenen Erfassungsdaten (Kartiererergebnisse inkl. Übertragungsmethodik Unterlage L 5.1), als auch die weiteren Recherchedaten (vorhandene Daten Dritter), für die Prüfung der geplanten Minderungsmaßnahmen auf Verhältnismäßigkeit und Eignung herangezogen, um Verzögerungen im Genehmigungsverfahren sowie der Realisierung (Bauablauf) zu vermeiden.

#### 3.2 Abänderungen bisher vorgesehener Maßnahmen

Allgemein müssen Minderungsmaßnahmen geeignet, verhältnismäßig sowie verfügbar sein. Als geeignet sind dabei Minderungsmaßnahmen anzusehen, die als nachgewiesen wirksam etabliert sind. Verhältnismäßig sind Minderungsmaßnahmen, die nicht zur maßgeblichen Verzögerung des Genehmigungsverfahrens oder der Realisierung, also der Bauphase, führen. Die Minderungsmaßnahmen werden ~~auf Grundlage der vorhandenen Daten inkl. Übertragungsmethodik ausschließlich in räumlich konkreten Bereichen entwickelt~~ aus den in der Planfeststellungsunterlage entwickelten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen (Kürzel VAR und ACEF) hergeleitet. Sie sollen gemäß den Maßnahmenblättern (Teil I2) umgesetzt werden, können aber gemäß § 43m Abs. 2 EnWG entfallen oder im Umfang reduziert werden, wenn festgestellt wird, dass sie nicht geeignet, verhältnismäßig und verfügbar sind (s.u.). ~~Soweit keine verfügbaren Daten vorliegen,~~

~~werden keine Minderungsmaßnahmen vorgesehen. Tabelle 2 stellt die Maßnahmen dar, welche als nicht geeignet, nicht verhältnismäßig oder nicht verfügbar bewertet wurden und daher angepasst werden oder entfallen.~~

Die Verfügbarkeit der Minderungsmaßnahmen richtet sich einerseits nach der rechtlichen Verfügbarkeit der erforderlichen Flächen (Eigentümer und/oder Nutzungsberechtigte) sowie andererseits der rechtzeitigen Verfügbarkeit vor der Bauphase (Vermeidung und Vergrämung, temporäre CEF wie z.B. Blühstreifen).

Im Abschnitt C2 wurden naturschutzrechtliche Maßnahmen multifunktional geplant. Die CEF-Flächen, die für den besonderen Artenschutz geplant wurden, dienen teilweise zugleich als Kompensationsflächen, die den Arten allgemeiner Planungsrelevanz zu Gute kommen.

Bezüglich der Avifauna ist ortskonkret der artbezogene störungsbedingte Mortalitätsgefährdungsindex auf Basis der vorliegenden Datengrundlage anzuwenden (sMGI, Bernotat & Dierschke 2021), um unverhältnismäßige Bauzeitenbeschränkungen zu vermeiden. Dafür ist der mögliche einmalige Brutausfall von Arten mit geringer oder sehr geringer Gefährdung prinzipiell als nicht verbotsrelevant anzunehmen. Bei Arten mittleren Gefährdungsgrades ist ortskonkret eine Einzelfallprüfung unter Berücksichtigung der räumlichen Ausstattung und geeigneter, verhältnismäßiger Minderungsmaßnahmen durchzuführen.

Bauzeitenregelungen haben als Minderungsmaßnahme einen sehr großen Einfluss auf einen termingerechten Bauablauf und können erhebliche Eingriffe in die Baulogistik bedeuten (Verzögerungen von einem Jahr oder mehr). Aus diesem Grund sind nur artbezogene und ortskonkrete Bereiche für Bauzeitenregelungen heranzuziehen. Darüber hinaus sind Bauzeitenregelungen durch ortskonkret festgelegte aktive oder passive Vergrämung und/oder optische Abschirmung zu reduzieren. ~~Führen verbleibende Bauzeitenregelungen zu maßgeblichen Verzögerungen im Bauablauf, sind sie unverhältnismäßig und entfallen.~~ Sofern eine Minderungsmaßnahme zum Schutz der betroffenen Art umgesetzt wurde, kann die Bauzeitenregelung für den konkreten Trassenbereich entfallen.

Die hohen Anforderungen an die zeitliche Wirksamkeit der Maßnahmenumsetzung relativ zum Baubeginn, wie sie bei CEF-Maßnahmen zu beachten sind, fallen bei Minderungsmaßnahmen weg. Somit ist die Herstellung der Maßnahme auch nach Baubeginn möglich. Einige Minderungsmaßnahmen (ehemals CEF-Maßnahmen) sind nur für die Bauzeit vorzuhalten. Sofern hier keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, verringert sich der Maßnahmenumfang.

Die hohen Anforderungen an den räumlichen Bezug des Maßnahmenortes zum Eingriffsort (räumlich-funktionaler Zusammenhang), wie sie bei CEF-Maßnahmen zu beachten sind, ~~entfallen bei Minderungsmaßnahmen, werden aber soweit möglich berücksichtigt.~~

Weiterhin sind die Zeiten für Gehölzschnitt- bzw. Gehölzrodungsarbeiten durch geeignete Maßnahmen, wie den Verschluss von potenziellen Quartieren, auf ein verträgliches Maß zu erweitern, um unverhältnismäßige Bauzeitenbeschränkungen zu vermeiden.

Falls eine Maßnahmenfläche nicht gesichert werden kann, entfällt die Maßnahme. Bei Maßnahmen, die aus vielen Einzelflächen bestehen, kann sich der Maßnahmenumfang (z.B. Maßnahme A<sub>CEF</sub>24a, Lerchenfenster) reduzieren. Die Kriterien Verfügbarkeit, Verhältnismäßigkeit und Geeignetheit sind zu prüfen, wenn Maßnahmen ganz oder teilweise entfallen sollen. Für die Operationalisierung und Anwendung dieser Kriterien wird die von den Übertragungsnetzbetreibern gemeinsam abgestimmte Methodik herangezogen. Zum Zeitpunkt der Einreichung dieser Unterlage kann noch keine abschließende Aussage zu entfallenden Maßnahmen getroffen werden, weil die Flächensicherung noch nicht abgeschlossen ist, bzw. noch keine abschließende Prüfung der genannten Kriterien erfolgen konnte. Der VHT behält sich vor, Minderungsmaßnahmen bis vor dem Baubeginn in Absprache mit der Bundesnetzagentur und den zuständigen Naturschutzbehörden zu streichen oder im Umfang zu reduzieren, sofern nachgewiesen werden kann, dass die genannten Kriterien nicht erfüllt sind.

Tabelle 2: Maßnahmenänderung im PFA C2

Maßnahme	Anpassung
<del>A<sub>CEF</sub>3 Neuanlage von Gewässern Laubfrosch</del>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p>Die Anlage von Gewässern, die den jeweiligen artspezifischen Bedürfnissen entsprechen, werden aufgrund der Herstell- und Entwicklungszeiten bis zum Beginn eines beschleunigten Bauablaufes nicht sicher wirksam werden können.</p> <p>Flächen zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind zudem bisher nicht verfügbar. Ohne Flächenverfügbarkeit wird es deshalb bei der Umsetzung dieser Maßnahme zu nicht verhältnismäßigen Verzögerungen im Bauablauf kommen.</p> <p>Bei Flächenverfügbarkeit ist eine Umsetzung als Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung möglich</p>
<del>A<sub>CEF</sub> 5b Anlage von Ausgleichshabitaten für Haselmäuse</del>	<p><del>–Anpassung–</del></p> <p>Ziel der Maßnahme ist die Schaffung von Ersatzhabitaten für die Haselmaus. Für die Haselmaus sollen Habitate durch die Neuaufforstung artenreicher Waldbestände, Aufwertung des Waldrandes, Entwicklung einer reichen Strauchschicht im Wald oder den Erhalt von höhlenreichen Waldflächen bzw. Höhlenbäumen oder die Nutzung von Kalamitätsflächen geschaffen werden.</p> <p>Die Maßnahme wird dahingehend angepasst, dass aufgrund der flächigen Verbreitung der Haselmaus in weiten Teilen Ostbayerns und der gleichzeitig geringen bis mittelmäßigen Qualität insbesondere der Überwinterungsmöglichkeiten und auch der Tagesverstecke alleine mit der A<sub>CEF</sub> 13 ein vollumfänglicher und ausreichender Ausgleich geschaffen werden kann.</p> <p>Diese Flächen sind verfügbar und ermöglichen eine relativ kurzfristige Aufwertung vorhandener Strukturen. Vorhandene bereits geeignete Strukturen auf den Ausgleichsflächen sowie solche mit hohem Entwicklungspotenzial werden erhalten und zusätzlich Haselmauskästen ausgebracht (A<sub>CEF</sub>13) wodurch die Habitatqualität gesteigert und die Populationsdichte erhöht wird und der Ausgleich dadurch erreicht wird. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme wird parallel zu der Baufeldfreimachung erreicht und nachgewiesen</p>
<del>A<sub>CEF</sub>7 Aufwertung der Lebensräume für Reptilien</del>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p>Ziel der Maßnahme ist die Aufwertung des Habitatpotenzials für die Zauneidechse in unmittelbarer Nähe der Lebensräume, die baubedingt verloren gehen. Dies erfolgt durch Abplaggen, Mahd, Entbuschung und Gehölzfällungen.</p> <p>Für die Umsetzung der Maßnahme wird ein Zeitraum von drei Jahren angesetzt, was nicht zu einem beschleunigten Bauablauf passt und damit zu einer Bauverzögerung führen wird. Diese CEF-Maßnahme muss deshalb entfallen. Eine Umsetzung als Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung ist möglich.</p> <p>Die A<sub>CEF</sub>5a-Anlage von Ausgleichshabitaten für Reptilien und A<sub>CEF</sub>6-Schaffung von Eiablageplätzen für die Zauneidechse werden vor Baubeginn realisiert. Damit stehen die notwendigen Ersatzhabitate vor Baubeginn auch ohne Umsetzung der A<sub>CEF</sub>7 zur Verfügung.</p>
<del>A<sub>CEF</sub>10 Optimierung walddgeprägter Jagdhabitate</del>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p>Ziel der Maßnahme ist die Optimierung von Habitaten, bei denen nur suboptimale Bedingungen für die Nahrungssuche der Fledermäuse vorherrschen durch die</p>

Maßnahme	Anpassung
	<p><del>Aufflichtung zu dichten Gehölzbeständen sowie die Anlage von strukturierten Waldrändern, um den baubedingten Verlust an Nahrungshabitaten auszugleichen.</del></p> <p><del>Darüber hinaus bei Bedarf: Sicherung von Altwaldbeständen mit einem hohen Anteil an stehendem Totholz und Höhlenbäumen durch Nutzungsverzicht. Zudem Schaffung von günstigen Bedingungen in strukturärmeren Waldbereichen mit einem geringen Anteil an Totholz und Höhlenbäumen.</del></p> <p><del>Flächen zur Umsetzung dieser Maßnahmen sind zudem bisher nicht verfügbar. Ohne Flächenverfügbarkeit wird es deshalb bei der Umsetzung dieser Maßnahme zu nicht verhältnismäßigen Verzögerungen im Bauablauf kommen.</del></p> <p><del>Für die meisten Fledermausarten sind die angenommenen Verbotstatbestände rein vorsorglich angenommen worden. Auch bei Entfall dieser Maßnahme verbleibt genügend Jagdhabitat, um eine Verschlechterung mit hinreichender Sicherheit auszuschließen. Die Eingriffe sind kleinräumig und nach Abschluss der Bauphase werden durch die Wiederherstellung bzw. Kompensation auf der Trasse die eingegriffenen Jagdhabitate wiederhergestellt. Diese stehen in der Folge für die Fledermäuse als aufgewertetes Jagdhabitat zur Verfügung.</del></p> <p><del>Zudem werden die A<sub>CEF</sub>8 und A<sub>CEF</sub>9 umgesetzt und stehen somit den Fledermäusen zur Verfügung</del></p>
<p><del>A<sub>CEF</sub>21j Schaffung und Sicherung neuer Habitate – Haselhuhn</del></p>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p><del>Ziel der Maßnahme sind unterholzreiche Wälder mit vielseitiger Artenzusammensetzung und mit reicher horizontaler und vertikaler Gliederung.</del></p> <p><del>Für die Umsetzung der Haselhuhn-Maßnahme wird eine Gesamtflächengröße von 10 ha angestrebt, innerhalb derer auf 3-5 ca. 2.500 m<sup>2</sup> großen Teilflächen gezielte Aufwertungsmaßnahmen v. a. durch Aufflichtungen bzw. Gestaltung von halboffenen Habitaten durchgeführt werden.</del></p> <p><del>Um unterholzreiche Wälder mit vielseitiger Artenzusammensetzung und mit reicher horizontaler und vertikaler Gliederung dauerhaft für die Art zu sichern, werden außerdem Parzellen der Gesamtfläche aus der Nutzung genommen.</del></p> <p><del>Zur Verbesserung der Nahrungsgrundlage und Etablierung strukturreicher Habitate sind vor allem die Pionierholzarten Eberesche, Weide, Haselnuss, Erle und Birke einzubringen. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, Kahlschlags- und Kalamitätsflächen der natürlichen Sukzession zu überlassen. Im einzelnen ortskonkreten Fall kann hierzu auch die gezielte Schaffung von Kahlschlägen ergänzend zum Einsatz kommen.</del></p> <p><del>Die Maßnahme wurde höchst vorsorglich aufgrund eines potenziellen Reliktorkommens der Art entwickelt. Zugleich erfordert die Maßnahme auf einer größeren Fläche erheblichen Aufwand, welcher nicht zu einem beschleunigten Bauablauf passt und damit zu einer Bauverzögerung führen wird. Diese CEF-Maßnahme muss deshalb entfallen. Eine Umsetzung als Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung ist möglich und wird durchgeführt.</del></p>
<p><del>A<sub>CEF</sub> 22c – Nutzungsextensivierung mit Wiedervernäsungsmaßnahmen – (Braunkehlchen)</del></p>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p><del>Ziel der Maßnahme ist die Anlage von Ausgleichsflächen für den anlage- und baubedingten Verlust von Nahrungs- und Bruthabitaten des Braunkehlchens.</del></p>

Maßnahme	Anpassung
	<p><del>Zum Erhalt der betroffenen Populationen soll der räumlich-funktionale Zusammenhang gewährleistet und die Anbindung an bereits vorhandene Feuchtlebensräume oder degradierte Flächen gegeben sein.</del></p> <p><del>Angestrebt wird ein Feuchtgrünland, das vorrangig auf einer intensiv genutzten landwirtschaftlichen Fläche entsteht. Umgesetzt wird dies entweder durch die Extensivierung von bewirtschaftetem Intensivgrünland oder die Ackerumwandlung in Extensivgrünland. Falls Heckenformationen vorhanden sind, werden diese aufgelichtet.</del></p> <p><del>Die Maßnahme umfasst pro betroffenem Brutpaar eine Gesamtgröße von mind. 5.000 m<sup>2</sup> auf denen 5 Einzelgehölze und 5 Sitzstangen verteilt werden sollen.</del></p> <p><del>Die Maßnahme wurde höchst vorsorglich aufgrund eines potenziellen Vorkommens der Art entwickelt. Zudem ist eine geeignete Fläche nicht verfügbar, so dass eine rechtzeitige Umsetzung und Wirksamkeit der Maßnahme bis zu einem vorgezogenen Baustart nicht sichergestellt ist. Damit eine Bauverzögerung vermieden wird, muss diese Maßnahme deshalb entfallen.</del></p> <p><del>Eine Umsetzung als Kompensationsmaßnahme im Rahmen der Eingriffsregelung ist möglich.</del></p>
<del>V<sub>AR1b</sub> — Jahreszeitliche Bauzeitenregelung — Biber und Fischotter</del>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p><del>Zur Vermeidung von baubedingten Störungen von Biber und Otter und mithin Verlusten von Jungtieren sollen die Bauarbeiten in sensiblen Abschnitten außerhalb der Hauptwurf- und Aufzuchtzeit der beiden Arten durchgeführt werden. Der Fischotter kann das ganze Jahr über Nachwuchs bekommen, jedoch liegt die Hauptwurfzeit in Deutschland zwischen Juni und November (BfN 2022). Für Bayern lässt sich der Schwerpunkt der Wurfzeit (LfU 2021) auf April bis Mai eingrenzen. Der sensible Zeitraum für den Biber liegt zwischen Anfang April und Ende Juni.</del></p> <p><del>Diese Einschränkungen der Bauzeit führt zu einer unverhältnismäßigen Störung des Bauablaufes. Deshalb wird diese Maßnahme entfallen und stattdessen nur die Maßnahme V<sub>AR3a</sub> Vorfristiger Baubeginn umgesetzt.</del></p> <p><del>Ein vorfristiger Baubeginn oder eine Baufeldfreimachung vor der Fortpflanzungsperiode führen zu einer Vergrämung von Biber und Fischotter. Baulich in Anspruch genommene Uferbereiche sind unattraktiv.</del></p> <p><del>Auf diese Weise wird eine Ansiedlung in der Nähe der Baustelle verhindert. Beim Biber und Fischotter entstehen dabei keine Verbotstatbestände durch Tötungen, Störungen oder Verluste von Fortpflanzungs- und Ruhestätten, da außerhalb der beschriebenen sensiblen Zeiträume ein räumliches Ausweichen des Familienverbands möglich ist und diese Arten dann empfindlich auf anthropogene Aktivitäten reagieren, wenn diese deren unmittelbaren Gewässerlebensraum berühren (LfU 2021).</del></p>
<del>V<sub>AR2d</sub> — Kleintiergerechte Baustellenfreimachung — Insekten (Schmetterlinge, Käfer, Wildbienen)</del>	<p><del>–Entfällt–</del></p> <p><del>In Hinblick auf planungsrelevante Insekten (Schmetterlinge, Käfer, Wildbienen) sind geeignete Habitatflächen auf das Vorhandensein von geeigneten Futterpflanzen im Jahr vor Baubeginn/Baustellenfreimachung zu überprüfen. Falls ein Nachweis geeigneter Futterpflanzen erfolgt, sind die von den Vorhaben betroffenen Flächen mit geeigneten Vegetationsbeständen vor der Flugzeit der Falter (Flugzeit: Mai – Juli)</del></p>

Maßnahme	Anpassung
	<p>durch Mahd (bei Bedarf zwei oder mehrmalig) unattraktiv zu gestalten, sodass keine Ansiedlung (Eiablage) erfolgen kann.</p> <p>Aufgrund der Erfassungsdaten sowie der konkreten Strukturausprägungen sind keine relevanten Vorkommen der Futterpflanzen zu erwarten. Bei den potenziell betroffenen Flächen handelt es sich um Säume an Straßen und Wegen oder Grabenränder, die einer regelmäßigen Unterhaltung unterliegen.</p> <p>Aufgrund der Vielzahl der Flächen mit nur geringster potenzieller Eignung wird auf eine Erfassung und Mahd der Flächen verzichtet. Die zeitlichen Vorgaben führen ansonsten zu einer Bauzeitenbeschränkung und damit einem unverhältnismäßigen Risiko für den beschleunigten Bauablauf.</p>

**Anlage 1: Liste nicht mehr zu berücksichtigender Unterlagen(teile)**

Wird in einer Planfeststellungsunterlage auf einen anderen Teil der Planfeststellungsunterlage verwiesen, gelten die dort angeführten Hinweise bezüglich der Beachtlichkeit von Umweltverträglichkeitsprüfung sowie besonderen Artenschutz (§ 44 Abs. 1 BNatSchG) und werden i.d.R. nicht nochmals gesondert aufgelistet.

Unterlage	Unterlagen-Nr.	Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)
Erläuterungsbericht	Teil A1	Kap. 1.1 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 4.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 4.3 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.3.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 7.8 Bezüge auf UVP Kap. 8.1 Bezüge auf UVP Kap. 8.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 8.4 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Allgemeinverständliche nicht-technische Zusammenfassung gemäß § 16 UVPG	Teil A3	Nicht mehr zu berücksichtigen ist die gesamte Unterlage
Alternativenbetrachtung und Ermittlung der Vorzugstrasse	Teil B	Kap. 1.1.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 1.3 Bezüge auf UVP Kap. 2 Bezüge auf UVP Kap. 3.4 Bezüge auf UVP Kap. 3.5 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 4.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap 4.2.1 Bezüge auf UVP Kap. 4.2.1.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.2.1 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.2.1.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.2.1.4 Bezüge auf UVP



<b>Unterlage</b>	<b>Unterlagen-Nr.</b>	<b>Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)</b>
		Kap. 5.3 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG
Technische Alternativen - Steckbriefe offene Gewässerquerung	Teil B3	Wird in Kapitel 2.2 des Regiedokumentes betrachtet
Verkürzte Grobprüfung	Teil B 4.1	Wird in Kapitel 2.2 des Regiedokumentes betrachtet
Vollständige Grobprüfung	Teil B 4.2	Wird in Kapitel 2.2 des Regiedokumentes betrachtet
Standortfindung von Nebenanlagen und -anlagen (KAS)	Teil B 8.1	Wird in Kapitel 2.2 des Regiedokumentes betrachtet
Standortfindung von Nebenanlagen und -anlagen (LWL)	Teil B 8.2	Wird in Kapitel 2.2 des Regiedokumentes betrachtet
Trassierungskriterien	Teil C 1	Kap. 1.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG
Ableitung der Planungsgrundsätze und Planungsgrundsätze aus den rechtlichen Vorgaben und den Erfordernissen der Raumordnung	Teil C 1.1	Kap. 1 Bezüge auf UVP und Artenschutz
Beschreibung des Bauablaufs	Teil C 2.2	Kap. 1.3.13 Bezüge auf UVP
Rechtserwerbsplan und Rechtserwerbsverzeichnis	Teil D 4	Grundstücke für entfallende Minderungsmaßnahmen
Nachweis zur Einhaltung der Anforderungen der AVV-Baulärm	Teil E 2.1	Kap. 3.2 Bezüge auf UVP und Artenschutzfachbeitrag
Wärmetransportberechnung	Teil E 4.1.1	Kap. 2 Bezüge auf UVP
UVP-Bericht	Teil F und Anlagen	Der UVP-Bericht ist nicht mehr als vollständige Unterlage zu berücksichtigen. Bestandteile bzw. einzelne Kapitel und Anlagen sind jedoch gemäß den folgenden Ausführungen weiterhin als Grundlage für Methodik, Untersuchungsräume, Bestandsaufnahme usw. für andere Unterlagen (insb. Teil I) oder für die Herleitung von zwingend umzusetzenden Maßnahmen heranzuziehen.

Unterlage	Unterlagen-Nr.	Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)
		<p>Aussagen des UVP-Berichts mit Bezug zur UVP-Pflicht / zu § 44 Abs. 1 BNatSchG sind unbeachtlich, insb.</p> <p>Kap. 1.4.2.3 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 1.5.1.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.2.3.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.2.3.3.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.2.3.3.4.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 4 entfällt</p> <p>Kap. 8.1 Siehe dieses Regiedokument, Kap. 3.2</p> <p>Umweltbelange, die im UVP-Bericht abgehandelt werden und die über die in der SUP zur Bundesfachplanung ermittelten, beschriebenen und dort abschließend bewerteten Kriterien (diese sind im Umweltbericht der SUP zur BFP im Kapitel 3.2 schutzgutbezogen für alle Schutzgüter des UVPG gelistet: <a href="#">(Link)</a>) hinausgehen, bleiben bei der planfeststellungsrechtlichen Abwägung außen vor und sind insofern unbeachtlich.</p> <p>Im UVP-Bericht abgehandelte Kriterien des zwingenden Umweltrechts werden unabhängig davon weiterhin vollumfänglich berücksichtigt.</p> <p>Gleiches gilt auch für Aussagen, die im Kap. 2.2.8 zum Bundes-Klimaschutzgesetz getroffen werden.</p>
Natura 2000-Verträglichkeitsuntersuchung	Teil G	<p>Kap. 2.6 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 2.7 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 3.1 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 3.3 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 3.4 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 3.4.3 Bezüge auf UVP</p>
Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag	Teil H	<p>Kap. 1.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 1.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p>

Unterlage	Unterlagen-Nr.	Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)
		<p>Kap. 1.4 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 1.5 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.3 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.3.3 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 2.3.4 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.3.5 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 2.3.6 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 2.5 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 3.2.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 4.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 5.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 5.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 5.3 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 6 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 6.2.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 7 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG</p>
Landschaftspflegerischer Begleitplan	Teil I	<p>Kapitel 1.2 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6)</p> <p>Kap. 1.4 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6) und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 1.5 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6)</p> <p>Kap. 2.4 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 3.4 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6)</p> <p>Kap. 4.1 Bezüge auf UVP</p> <p>Kap. 4.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG</p> <p>Kap. 5.1.1 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6)</p>

Unterlage	Unterlagen-Nr.	Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)
		Kap. 5.1.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.2 Bezüge auf UVP (ohne Kap. 6) und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.3.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.3.2.1 Bezüge § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.3.2.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.3.2.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6.3.7 Bezüge auf UVP Kap. 7.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 8 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Maßnahmenblätter zu Schutzgütern des LBP	Teil I 2	Siehe dieses Regiedokument, Kapitel 3.2
Anwendung der BayKompV	Teil I 7	Kap. 2.2 Bezüge auf UVP Kap. 2.3 Bezüge auf UVP Kap. 2.4 Bezüge auf UVP Kap. 6.2.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Fachbeitrag EU-WRRL	Teil J	Kap. 1.1 Bezüge auf UVP Kap. 1.3 Bezüge auf UVP Kap. 1.4 Bezüge auf UVP Kap. 1.5 Bezüge auf UVP Kap. 2.2 Bezüge auf UVP Kap.2.3.1.1 Bezüge auf UVP Kap. 2.3.2.1 Bezüge auf UVP Kap. 3.2.1 Bezüge auf UVP
Unterlage zur Genehmigung von Anlagen an oberirdischen Gewässern (Wunsiedel)	Teil K 2.3. WUN	Kap. 1.7 Bezüge auf UVP
Unterlage zur Genehmigung von Anlagen an oberirdischen Gewässern (LK Schwandorf)	Teil K 2.3. SAD	Kap. 1.7 Bezüge auf UVP

<b>Unterlage</b>	<b>Unterlagen-Nr.</b>	<b>Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)</b>	
Unterlage zur Genehmigung von Anlagen an oberirdischen Gewässern (LK Neustadt a. d. Waldnaab)	Teil K 2.3. NEW	Kap. 1.7	Bezüge auf UVP
Unterlage zur Genehmigung von Anlagen an oberirdischen Gewässern (LK Tirschenreuth)	Teil K 2.3. TIR	Kap. 1.7	Bezüge auf UVP
Nachweis zur Befreiung von Verboten in Gewässerrandstreifen (LK Schwandorf)	Teil K 2.4. SAD	Kap. 2	Bezüge auf UVP
Nachweis zur Befreiung von Verboten in Gewässerrandstreifen (LK Neustadt a.d. Waldnaab)	Teil K 2.4. NEW	Kap. 2	Bezüge auf UVP
Nachweis zur Befreiung von Verboten in Gewässerrandstreifen (LK Tirschenreuth)	Teil K 2.4. TIR	Kap. 2	Bezüge auf UVP
Einrichtung von Ersatzversorgungen für Einzelfassungen – Beidl 2	Teil K 3.2	Kap. 4.1	Bezüge auf UVP
Einrichtung von Ersatzversorgungen für Einzelfassungen – E Zeidlweid	Teil K 3.2	Kap. 4.1	Bezüge auf UVP
Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen	Teil K 5	Kap. 1.5	entfällt
Denkmalschutzrechtliche Erlaubnisse und Genehmigungen	Teil K 8	Kap. 1.2	Bezüge auf UVP
Planungsraumanalyse	Teil L 5.1	Kap. 5.1 Kap. 6.1 Kap. 6.4 Kap. 6.5 Kap.6.5.12.3	Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Bezüge auf UVP
Bericht zur Kartierung der Avifauna	Teil L 5.2.2	Kap. 1 Kap. 2	Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG

<b>Unterlage</b>	<b>Unterlagen-Nr.</b>	<b>Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)</b>
		Kap. 3.3.1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 3.5 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 3.6 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen von Fledermäusen	Teil L 5.2.3	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 4 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 4.4 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen der Europäischen Wildkatze	Teil L 5.2.5	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen der Haselmaus	Teil L 5.2.6	Kap. 3 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 6 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen der Reptilien	Teil L 5.2.7	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zur Amphibienkartierung	Teil L 5.2.8	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen von Tagfaltern	Teil L 5.2.9	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Bericht zum Vorkommen von xylobionten Käfern	Teil L 5.2.10	Kap. 1 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Habitatpotenzialanalyse (HBA)	Teil L 5.3	Kap. 1 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 2.2 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 3 Bezüge auf § 44 Abs. 1 BNatSchG
Unterlage zur Bodendenkmalpflege	Teil L 7	Kapitel 1.3 Bezüge auf UVP Kapitel 2.1 Bezüge auf UVP
Unterlage zur Land- und Teichwirtschaft	Teil L 8	Kap. 1.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 1.7.3 Bezüge auf UVP Kap. 1.7.4 Bezüge auf UVP

<b>Unterlage</b>	<b>Unterlagen-Nr.</b>	<b>Hinweise zu nicht mehr zu berücksichtigenden Unterlagen(teilen)</b>
		Kap. 2 Bezüge auf UVP Kap. 4.5.1 Bezüge auf UVP Kap. 4.5.1.1 Bezüge auf UVP Kap. 4.5.1.3 Bezüge auf UVP Kap. 4.5.2 Bezüge auf UVP und § 44 Abs. 1 BNatSchG Kap. 5.4.1.2 Bezüge auf UVP
Unterlage zur Forstwirtschaft	Teil L 9	Kap. 1.2 Bezüge auf UVP Kap. 2.3 Bezüge auf UVP Kap. 5 Bezüge auf UVP Kap. 6 Bezüge auf UVP Kap. 9 Bezüge auf UVP
Abwägungsrelevante sonstige öffentliche und private Belange	L 10.1	Kap. 2.6.1 Bezüge auf UVP Kap. 2.6.2 Bezüge auf UVP